

Seignepreis: Für den Monat Dezember 1922... Ausgabe B Nr. 276

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaltige Nonparelzeile... 15 Mark

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 1. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ehrhardt in München verhaftet!

Nach Leipzig abtransportiert.

München, 1. Dezember. (Amflich.) Korvettenkapitän Ehrhardt wurde gestern Abend in München verhaftet...

München, 1. Dezember. (Eca.) Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ meldet, ist der wegen Teilnahme am Kapp-Putsch seit langem flehentlich verfolgte Kapitänleutnant Ehrhardt gestern Abend in der Nähe Münchens durch den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes ermittelt und verhaftet worden.

Amflich wird den VVN die Verhaftung des Kapitänleutnants Ehrhardt in der Nähe von München bestätigt.

Die Verhaftung ist auf die letzten Presseäußerungen über Putschvorbereitungen in Bayern zurückzuführen. Vor kurzer Zeit wurde von einzelnen Blättern trotz der Dementis aus Bayern immer wieder darauf hingewiesen, daß Ehrhardt und Lüttwisch sich in München oder in der Nähe von München aufhalten und daß diese Angaben aus äußerst zuverlässiger Quelle stammen.

Der berüchtigte Bandenführer Ehrhardt, der noch mehr auf dem Kerkholz hat, als seine hervorragende Beteiligung am Kapp-Putsch im März 1920, hatte es ebenso wie General Lüttwisch und Oberst Bauer verstanden, sich jahrelang den behördlichen Verfolgungen zu entziehen.

Am 5. November d. J. konnten wir folgende Mitteilungen machen:

In Bayern sind die Putschisten eifrig bei der Arbeit. Sie bereiten sich vor, das Treiben der italienischen Faschisten für Bayern nachzuahmen. Das ist sicher, trotz aller Dementis „gut unterrichtet“ bürgerlicher Journalisten, und daran kann selbst eine amtliche Widerlegung der jetzigen bayerischen Regierung nichts ändern.

Aus Interesse an einer Klärung der Angelegenheit müssen wir es uns verlässlich versagen, noch weitere Einzelheiten mitzuteilen. Die Situation in Bayern ist ernst, dessen mag sich auch die Reichsregierung bewußt sein.

Seitdem waren mehr als drei Wochen vergangen, ohne daß die Verhaftung erfolgte. Und Ehrhardt blieb, wo er ge-

wesen war. Offenbar fühlte er sich in Bayern so vollkommen sicher, daß er gar keine Anstalten machte, zu fliehen. Man kann daraus schließen, daß starke Hindernisse zu überwinden waren, um die Verhaftung durchzuführen zu können, und daß erst in den letzten Tagen eine Wendung eintrat, durch die Ehrhardt überrascht wurde.

Möglicherweise hängt diese Wendung auch mit den inneren Vorgängen in den Geheimbundorganisationen zusammen, über die die Öffentlichkeit auch schon unterrichtet ist. Unter ihnen bestanden die schwersten Zerwürfnisse, die so weit gingen, daß ein Anschlag auf das Leben Ehrhardts geplant war. Die Urheber dieses Planes wurden vor einiger Zeit verhaftet. Auf alle Fälle ist die Festnahme des lange gesuchten oder auch absichtlich nicht gesuchten Verbrechens nur dann als ein befreiendes Ereignis zu begrüßen, wenn sie zum Anlaß wird, die ganze Kette der Verschwörungen zu zerreißen, die seit Jahren Deutschland umstrickt hielt.

Kapitän Ehrhardt war im März 1920 Führer der 2. Marinebrigade, die ins Döberitzer Lager gebracht worden war, um aufgelöst zu werden. Unter entscheidender Einwirkung Ehrhardts und des Generals v. Lüttwisch widerlegte sie sich der Auflösung, ging zur offenen Reuterei über und rückte am 13. März, 7 Uhr morgens, in Berlin ein, wo sie die Reichsregierung und die übrigen öffentlichen Gebäude besetzte. Ehrhardt, der militärische Vorkämpfer des „Reichskanzlers Kapp“ — der inzwischen ein eisches Ende nahm —, wurde damals allgemein als ein soldatischer Abenteurer und Draufgänger geschildert, der, ohne jedes Verständnis der politischen Verhältnisse, gewissermaßen traumwandlernd auf sein Ziel losging. Da er sich dabei der Unterstützung solcher Kapazitäten wie Ludendorff erfreuen konnte, wird der Optimismus, mit dem er sich für das unmögliche Unternehmen einsetzte, begreiflicher. Als man in Berlin in der Nacht vom 6. auf den 7. März von dem geplanten Marsch nach Berlin erfuhr, wurden die Generale v. Oiderhausen und v. Oven nach Döberitz geschickt, um die Reuterei von ihrem Vorhaben abzubringen. Ehrhardt mußte zu dem Gespräch mit den Generalen erst gezwungen werden, und war nicht nur nicht zu befehlen, sondern zeigte eine vollkommene Zuversicht in das Gelingen seines Unternehmens.

Für den Grad seines politischen Verständnisses ist es aber kennzeichnend, daß er am vierten Tag des Putsches einen feiner Vertrauensmänner in die Redaktion der „Freiheit“ schickte und den Vorschlag machte, die damaligen unabhängigen Sozialdemokraten sollten die Regierung übernehmen, er werde sich mit seiner ganzen militärischen Kraft hinter sie stellen. Natürlich wurde dieses tolle Angebot nicht ernst genommen und am Tage danach war das Abenteuer zu Ende.

Nun war Ehrhardt ein Flüchtling und flehentlich Verfolgter. Er wußte sich aber nicht nur der Gefangennahme zu entziehen, sondern entfesselte zugleich auch erst von Ungarn und Oesterreich, dann von Bayern aus eine fieberhafte geheim-

bündlerische Tätigkeit. Bei seinen Anhängern unter dem Dementiel Consul bekannt, begründete er die berüchtigte „Organisation Consul“, kurz die „Organisation C.“ genannt, die wieder mit anderen Geheimbünden in enger Verbindung stand und nach der hin so ziemlich alle Spuren der rechtsradikalen Nordverschwörungen führen. Die Rathenau-Mörder Kern, Fischer und Tschow waren Mitglieder der Organisation C. Fischer und Kern starben mit einem Hoch auf Ehrhardt.

Der Prozeß gegen Tschow und Genossen hat infolge der Verschwiegenheit der Verschwörer nur geringe Einsicht in das Treiben der Geheimorganisation gestattet. Kennzeichnend dafür ist folgende Stelle aus dem stenographisch aufgenommenen Verhandlungsbericht:

Präsident: Sind Sie auch der Organisation C. beigetreten? Angekl. Ernst Werner Tschow: Jawohl, die Organisation C. hat sich allmählich herausgebildet, und zwar sind es hauptsächlich ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhardt gewesen, die sich freiwillig zusammengeschlossen haben.

Präsident: Haben Sie sich auch zum Gehorsam gegen die Vorgelegten verpflichtet müssen?

Angekl. Ernst Werner Tschow: Jawohl.

Präsident: Dann zur Verschwiegenheit? Angekl. Ernst Werner Tschow: Jawohl, es wurde uns auferlegt, wir sollten schweigen über die Sachen, die irgendwie etwas anderer Natur sind, daß sie nicht jeder hören soll.

Präsident: Sie sollen im Auftrage der Organisation verschiedener Reisen unternommen haben.

Angekl. Ernst Werner Tschow: Jawohl!

Präsident: Aber Sie wußten sich über diese Reisen und über die Aufträge, die Ihnen erteilt sind, bisher nicht näher äußern.

Angekl. Ernst Werner Tschow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Präsident: Wie kamen Sie zu der Organisation C.?

Angekl. Ernst Werner Tschow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Präsident: Wollen Sie sonst nichts über die Organisation C. mitteilen, ihre Ziele und Zwecke usw. (Nein!) Mit welchen Mitgliedern Sie in Verbindung getreten sind, die auch zu der Organisation C. gehörten?

Angekl. Ernst Werner Tschow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Ehrhardt hat in einem Brief, der aus Wien datiert, aber aus der Umgebung von München abgeschrieben war, seine und seiner Organisation Beteiligung an der Ermordung Rathenaus bestritten. Aber diese Bestreitung kann kein Grund sein, die Untersuchung gegen ihn nicht auch nach dieser Richtung mit aller Schärfe durchzuführen.

Der Prozeß gegen ihn dürfte sich zu einem politischen Sensationsprozeß gestalten, der jenen gegen seinen Spiegelgesellen v. Jagow an Bedeutung weit übertrifft. Es besteht aber auch sonst die Möglichkeit, daß die Festnahme Ehrhardts zum Ausgangspunkt weiterer politischer Ereignisse wird. Innerhalb der Geheimbünde besitzt Ehrhardt fanatische Anhänger, aber auch ebenso fanatische Anhänger. Es wird ein Maßstab für die Stärke ihrer Bewegung sein, ob sie den Schlag, der gegen ihr Haupt geführt wird, ohne den Versuch einer Gegenangriff hinnehmen werden.

Reichstreue der Rheinlande.

In den letzten Tagen kamen aufgeregte Berichte aus dem Rheinland, die von einer verstärkten Tätigkeit der Sonderbündler sprachen. In einem Bericht wurde sogar für die nahe Zukunft ein Putsch angekündigt, der bei der allgemeinen Notlage ein gewisses Gefahrenmoment in sich begriff. Es mag sein, daß Poincarés Drohung mit der Annexion eine Unruhe im Rheinland hervorgerufen hat, die von den in französischem Solde stehenden Sonderbündlern für ihre Zwecke ausgeschlachtet wurde. Der Erfolg der sonderbündlerischen Aktion konnte von vornherein nicht zweifelhaft sein. Sie rief wie stets bei ähnlichen Anlässen die rheinische Bevölkerung zu Treuebekenntnissen auf den Plan. Besonders die Arbeitererschaft ließ über ihre Gesinnung keinen Zweifel aufkommen. So wiesen die Vertreter der freien Gewerkschaften und der freien Angestelltenverbände des Mainzer Wirtschaftsgebietes, die etwa 43 000 Mitglieder vertreten, in einer Entschließung alle Loslösungsbestrebungen entschieden zurück. Sie seien zwar nach wie vor bereit, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten, aber eine Lösung der schwebenden Frage könne nur durch Verständigung, nie durch Gewalt erfolgen. Es ist bekannt, daß die rheinische Arbeitererschaft die nationalistische und die deutschfeindliche Verheugung in gleichem Maße ablehnt.

Die Börse wartet.

Krisengerüchte aus Frankreich — Londoner Konferenz. — Geld- und Kreditnot.

Unter dem Eindruck der Meldungen über angebliche Rücktrittsabsichten Poincarés setzte sich die Ermattung des Devisenmarktes noch weiter fort. Es kommt hinzu, daß im Hinblick auf die bevorstehende Ministerkonferenz in London der Einfuhrhandel mit Devisenpapieren sehr zurückhält, zumal das Importgeschäft in Getreide und Rohmaterialien augenblicklich sehr daniederliegt.

Ferner nötigt die allgemeine Geld- und Kreditnot zahlreiche Unternehmungen der Industrie und des Handels zur Abstoßung von Devisen, da eine Beleihung von Devisen und Waren bei den jetzigen hohen Zinssätzen nicht in Betracht kommen kann. Am Effektenmarkt hat natürlich der Rückgang der Devisenkurse ebenfalls das Geschäft etwas beeinflusst. Immerhin bleibt die Tendenz auf dem Markte der einheimischen Industrie- und Bankaktien nach wie vor fest. Etwas schwächer liegen lediglich Valutapapiere und Auslandsrenten. Ganz wesentlich hat das Geschäft am Wertpapiermarkte unter den Maßnahmen der Großbanken gelitten, die bekanntlich vor kurzem vereinbarten, nur noch Kauforders auf 5 bzw. 6 Stück in Industrierpapieren anzunehmen. Hierdurch wird sich zweifellos eine starke Abwanderung der mittleren und kleineren Kundschaft zu den Privatbanken vollziehen. Bei dem heutigen Stand der Effekten (unter 4000 Proz. werden keine Effekten notiert) wäre zur Anlage in irgendeinem Papier mindestens eine Summe von ungefähr 250 000 M. erforderlich.

Der Dollar, der gestern mit 7850 geschlossen hatte, schwankte heute anfanglich zwischen 7650 bis 7850.

Not der Presse.

Aber Riesengewinne der Zellstoffaktionäre.

Während die Not der Presse täglich steigt und jetzt wieder neue gewaltige Erhöhungen der Bezugspreise stattfinden müssen, verdienen die Aktionäre der Papier- und Zellstoffabriken enorm an den großen Kurssteigerungen, die in der letzten Zeit zu verzeichnen sind. Eine geradezu stürmische Hausse hat für diese Werte eingeleitet, die dazu führte, daß für einige Papiere nicht einmal die Nachfrage gedeckt werden konnte. Folgende Uebersicht zeigt die enorme Kurssteigerung einiger Papier- und Zellstoffaktien:

	27. 11.	3. 11.	30. 10.
Kammendorfer Papier	6 500	5700	4000
Nischaffener Zellstoff	12 100	8000	2550
Feldmühle	6 500	6500	2200
Papierfabrik Reisholz	2 500	1800	1110
Varziner Papierfabrik	4 200	5000	1500
Zellstoffverein	4 000	3025	1200
Zellstoff Waldhof	12 000	8900	1875

Mit Recht bemerkt das bürgerliche „B. L.“ dazu, daß der wichtigste Grund für diese Kurstreiber die Aussicht auf eine neue „Papierkonjunktur“ sei. Die Hoffnung auf gewaltige Preissteigerungen für Papier liegt wesentlich darin begründet, daß jetzt an Stelle eines sozialistischen Wirtschaftsministers Vertreter der Industrie das Reichswirtschaftsministerium leiten, und daß man insolge dessen mit der Möglichkeit größerer Preissteigerungen für Papier als früher rechnet. Während also die selbständige Presse dem Erliegen nahe ist, rechnen Papier- und Zellstoffaktionäre auf große Ueberschüsse ihrer Unternehmungen.

Es ist notwendig, daß das Reichswirtschaftsministerium eine Erklärung darüber abgibt, wie es ein übermäßiges Steigen der Papierpreise und damit die vollständige Vernichtung der selbständigen Presse zu verhindern gedenkt.

Für die Arbeiterschaft aber ist die Spekulation der Papierinteressenten eine erneute Mahnung, zu ihrer Presse zu halten und durch tatkräftige Werbung für sie zu verhindern, daß die Herrschaft über die öffentliche Meinung ganz und gar an das Privatkapital übergeht.

„Blinder Haß.“

Die „Deutsche Zeitung“ unter Anklage.

Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich heute der Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Max Raurenbrecher, wegen Aufreizung zum Rassenhaß zu verantworten. Die Anklage stützt sich auf einen Artikel der „Deutschen Zeitung“ vom 1. Juni 1922, betitelt „Die jüdische Fälschung“. Der Artikel beschäftigt sich mit den Veröffentlichungen Eisners unter Bezugnahme auf den Fischenbach-Prozess und bezeichnet diese Handlungsmotive Eisners als den Gipfel der jüdischen Gefamtschuld am deutschen Volk. Zum Schluß wird die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gemeinschaft zwischen Deutschen und Juden und die Entfernung des hochverräterischen Volkes aus unserer Mitte verlangt.

Der Angeklagte Raurenbrecher entwickelte in längeren Ausführungen seinen Standpunkt. Er sei der Ansicht, daß für die Tat Eisners nicht der einzelne, sondern das Judentum in seiner Gesamtheit haftbar gemacht werden müsse. Lege man den Maßstab der „Noten Fälschung“ an solche Presseäußerungen an, so würde man die Haftbarmachung nur darin verstehen, daß jeder Jude auf der Straße belästigt würde. Er habe aber den Begriff Haftbarmachung dahin interpretiert, daß die staatsbürgerliche Gemeinschaft der Juden aufgehoben werde und das hochverräterische Volk „aus unserer Mitte“ ausgeföhren werde. Das war allein der Sinn des Artikels. Dies wäre auch allein die Sühne. Diese Worte ließen auch erkennen,

daß er nur an eine zukünftige nationale Regierung gedacht habe und daß es nicht sein Ziel gewesen sei, durch Aufreizung der Massen Unruhe herbeizuföhren.

Zum Beweis, daß diese Auffassung auch anderweitig bestünde, berufe er sich auf das Zeugnis von Ludwig Holländer, der in einem Artikel des Organs des Zentralverbandes Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erkennen lasse, daß der Artikel keine Aufforderung zu Gewaltmaßnahmen enthalte, sondern nur ein Vorgehen auf verfassungsmäßigem Wege erstrebe.

Preispolitik der Staatsoper.

Die Preise in der Staatsoper sind vom 1. November ab wiederum, und zwar bis zum 4. Rang Sitz- und Stehplatz hinauf mehr als verdoppelt worden. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß die Staatsoper, der fortschreitenden Wertminderung entsprechend, zu einer immer weitergehenden Erhöhung ihrer Einnahmen gezwungen ist. Aber bereits im vorigen Jahr ist von den verschiedensten Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, diese Erhöhung durch eine den Geldverhältnissen folgende Differenzierung zwischen Ausländer- und Inländerpreisen zu gewinnen. Bei Beginn der diesjährigen Saison hat die Staatsoperverwaltung diese Differenzierung vorgenommen. Die Ausländer zahlen jetzt das Fünffache des Inländerpreises. Damals hoffte das deutsche Opernpublikum, daß mit dieser Maßregel nun endlich für die zahlungsunfähigen Schichten mindestens die billigsten Plätze (4. Rang Sitz- und Stehplatz resp. 3. Rang) ein für allemal die gleichen Preise behalten würden, die ohnehin bereits so hoch waren, daß sie zahlreicheren Musikliebhabern nur unter schweren Opfern den Besuch der Staatsoper gestatteten. Die neueste starke Erhöhung ruft eine heftige Erbitterung unter diesen Schichten nach. Man sagt sich, daß es nicht nötig erscheint, den Ausländern den Besuch unserer Staatsoper mit dem Sinken des deutschen Geldwertes von Woche zu Woche zu verbilligen, um sie den Deutschen gleichzeitig fast völlig unzugänglich zu machen.

Von namhaften Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats (Paul Umbreit, Max Cohen, Rudolf Wissel u. a.) ist nun an den Kultusminister eine Eingabe gefandt worden, die für die Preispolitik der Staatsoper das folgende Verfahren empfiehlt: „Von Zeit zu Zeit, etwa alle 4 Wochen, ist eine neue Preisregulierung vorzunehmen, und zwar so, daß mit der Wertminderung die Vertriebszahl für die Ausländerpreise neu festgelegt wird. Augenblicklich müßte diese Zahl nicht mehr, wie zu Beginn der Saison, 5, sondern mindestens 15 oder 20 betragen. Denn um so viel ist die Entwertung seitdem fortgeschritten. Mit diesem Verfahren würde dem Ausländer überhaupt kein Opfer auferlegt. Denn er zahlt bei den jetzigen Preisen noch nicht die Summe, für die er in seiner Heimat kaum die billigsten erhält, für die besten Opernplätze. Im übrigen bliebe bei fortschreitender Entwertung der deutschen Wärr der Preis für ihn so immer höchstens der gleiche. Die Opernverwaltung aber hätte auf diese Weise eine Erhöhung ihrer Einnahmen erzielt, die ihr ohne weiteres erlaube, deutschen Musikliebhabern den oft einzigen Lebensgenuß zu erhalten, der ihnen noch geblieben ist.“

Wir bitten daher das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, dafür Sorge zu tragen, daß

1. die Preise für Ausländer mindestens auf das Fünffache des Inländerpreises angelegt werden;
2. die Inländerpreise für 4. Rang Sitzplatz nicht höher als auf 100 bis 150 M., Stehplatz nicht höher als auf 50 bis 75 M. angelegt werden.

Und zwar erlauben wir, unserem Antrag schleunigst Folge zu geben, da sonst unermessliche Schäden verloren gehen.

Der Verteidiger, Justizrat Dr. Hahn, beantragte, die Akten des Fischenbach-Prozesses herbeizuschaffen zum Beweis, daß der Jude Eisner gefälscht habe. Das Gericht lehnte diesen und andere Anträge als unerbittlich ab.

Staatsanwalt Dr. Burckhardt hielt den Angeklagten in vollem Umfange schuldig, sich subjektiv und objektiv im Sinne des § 130 schuldig gemacht zu haben. Weiter führte der Staatsanwalt aus: Raurenbrecher war in keinem Artikel der Persönlichkeit Eisners zwar gerecht geworden, aber daneben sprach aus dem Artikel ein blinder Haß gegen alles, was Jude ist. Bei dem überzeugten Leser der „Deutschen Zeitung“, der an alles glaubt, was ihm vorgelegt wird, muß dadurch äußerste Leidenschaft erregt und zu Gewalttätigkeiten aufgereizt werden. Das ist geeignet, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Dazu kommt, daß der Artikel in einer Zeit der inneren und äußeren Hochspannung erschien. Er wurde am 1. Juni veröffentlicht, und am 24. Juni erfolgte als Ausfluß dieser antisemitischen Hege, wie der Staatsgerichtshof festgestellt hat, die Ermordung Rathenaus und einige Zeit darauf das Attentat auf Harden. Es ist unverkennbar, daß diese maßlose Hege der „Deutschen Zeitung“ eine Gefahr für den inneren Frieden bedeutet. Der Angeklagte ist überdies ein Mann, der sich klar sein mußte, welche Folgen diese Hege bei der vielfach urteillosen Masse seiner Leser haben mußte. Es kann daher nur auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden. Staatsanwalt Burckhardt beantragte gegen Raurenbrecher eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Justizrat Dr. Willi Hahn und Dr. Raurenbrecher legten in längeren Ausführungen nochmals dar, daß nur eine verfassungsmäßige Aenderung der Verhältnisse, nicht aber ein gewaltsamer Umstoß in der „Deutschen Zeitung“ propagiert worden sei.

Die harmlosen Völkischen.

Zurechtweisung im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm heute in seiner Sitzung zunächst ohne Aussprache eine Resolution aller Parteien an, die den Ausbau des Oder-Spree-Kanals fordert. Der kommunistische Antrag auf Zurückziehung der Genehmigung zur Inhabitation des Abg. Eberlein (Komm.) wird debattelos nach dem Vorschlag des Ausschusses angenommen.

Hierauf legt der Landtag die Aussprache über das Verbot des Jungdeutschen Ordens und des Deutschvölkischen Schutzbundes fort. Genosse Meier rechnet mit dem deutschnationalen Abg. Koch ab, der gestern eine antisemitische Debatte herauszubekommen versucht. Herr Koch — so betonte Genosse Meier — warf gestern unserem Genossen Cohn vor, er habe das Geld der Russen zur Finanzierung der deutschen Revolution in Empfang genommen. Genosse Cohn hat diesen Vorwurf wiederholt mit Schärfe zurückgewiesen. Interessant war gestern die Beobachtung, daß der Deutschvölkische Binknecht und der Deutschnationalen Vindeiner-Bildau sich einig waren über die Harmlosigkeit des Jungdeutschen Ordens. Es ist längst einwandfrei festgestellt, daß die Herren dieses Ordens Waffen tragen und sich mit militärischen Dingen befassen. Herr Koch hat dann die Richtigkeit unserer Darstellung des Falles Anfermann (Mordanschlag auf Harden) bestritten. Die deutschnationalen Presse hat unsere Darstellung bisher noch nicht widerlegt. Herr Anfermann soll nach den Angaben des Herrn Koch lediglich ein Mitglied der Deutschnationalen Partei auf der Straße getroffen haben. Herr Koch ist ein schlechter Wärrdenerzähler. Die Deutschnationalen geben sich nach außen natürlich immer gern recht harmlos. Soll ich die Herren vielleicht an den Fall des deutschnationalen Landesverräters Zimmermann erinnern, den gestern der „Vorwärts“ mittelte? Hat nicht erst vor kurzem in der Charlottenburger Hochschule für Musik eine jener famosen harmlosen „Gebächtnisfeiern“ stattgefunden, die sich zu einer Demonstration für Ehrhardt gestaltete. Die Deutschnationalen feiern merkwürdige Totenfeiern.

Das Programm von London.

Paris, 1. Dezember. (U.) Aus London wird offiziell mitgeteilt, daß über die Zusammenkunft der vier alliierten Ministerpräsidenten endgültige Abmachungen getroffen worden sind. Die Verhandlungen, die den Charakter vertraulicher Besprechungen haben werden, sollen eine gemeinsame Stellungnahme in der Frage der neuen Reparationsvorschläge und des Zeitpunktes der Brüsseler Konferenz herbeiföhren. Die letzte Entscheidung in der Reparationsfrage und über das von Deutschland verlangte Moratorium wird die Konferenz zu treffen haben. Ferner werde auch die Frage der Verbindung der Kriegsschulden mit den Reparationen in London besprochen werden.

Zur Aufhebung der Kontrollkommissionen.

Die Bedingungen der Votischer Konferenz.

Paris, 1. Dezember. (U.) Reuters verbreitet eine längere Note, in der gesagt wird, daß sich die Votischer Konferenz jetzt längerer Zeit mit der Frage beschäftigt habe, ob die alliierten militärischen Kontrollkommissionen durch ein kleineres militärisches Garantiekomitee ersetzt werden können. Die Hindernisse für eine derartige Maßnahme seien indessen bedeutend. Die deutsche Regierung habe die Erledigung der Geschäfte mit den alliierten Offizieren sabotiert, indem sie diese in der Ausübung ihrer Tätigkeit bedeutend hinderte. Dazu kämen die Zwischenfälle von Stettin, Passau und Ingolstadt. Erst nach sehr langer Frist habe die deutsche Regierung für den Stettiner Zwischenfall Genugtuung geleistet, aber noch keinen Schritt unternommen, um die anderen Zwischenfälle wiedergutzumachen. Eine Aufhebung der militärischen Kontrollkommissionen könne erst in Frage kommen, wenn die Umwandlung der Munitionsfabriken zu Erde geführt sei, die Auslieferung des überschüssigen Kriegsmaterials vollendet, die Stillstellen über das bestehende Kriegsmaterial eingereicht, die Verhinderung der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial gesetzlich festgelegt, die Rekrutierungsordnung für die Armeelaut Friedensvertrag geschaffen, die Sicherheits- und Polizeioffiziere der alliierten gelehrt und die notwendigen Erleichterungen für die Kontrollkommissionen in der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit gewährt seien.

Das englische Arbeitslosenproblem.

London, 30. November. (U.) Das Kabinett hat gestern weitgehende praktische Pläne angenommen, die auf die Arbeitsbeschaffung für Beschäftigungslose und die Förderung von Handel und Industrie gerichtet sind. Die Pläne umfassen ausgedehnte Neuanlagen, Verbesserung der Eisenbahnen und Hafenanlagen, sowie der Wege, größere finanzielle Unterstützung industrieller Unternehmungen, Anpassung der Handelspolitik an die gegenwärtige Lage und Einberufung einer Reichskonferenz, die die Entwicklung des Handels innerhalb des Reiches prüfen soll. Die vorgeschlagenen Arbeiten kosten 50 Millionen Pfund Sterling. Eine Denkschrift, die der Arbeitsminister an die Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaftsbund richtete, schlägt eine verbesserte Arbeitslosenversicherung vor. Danach sollen die einzelnen Industrien für die in ihren Bereich fallenden Arbeitslosen verantwortlich gemacht werden.

Der Druck der englischen Arbeitslosen auf die Regierung ist also nicht vergeblich gewesen. Nach einigem Zögern, das sich auf den Widerstand Bonar Law gegen direkte Verhandlungen mit den Arbeitslosen zurückführen läßt, hat sich das englische Kabinett doch entschlossen müssen, eine Reihe praktischer Maßnahmen zu treffen, um die Not der Arbeitslosen zu mildern. Wie aus den vorgelegenen Plänen hervorgeht, beabsichtigt die Regierung sehr beträchtliche Aufwendungen zu machen. Es muß aber bezweifelt werden, ob auch diese Pläne, trotz ihrer Großzügigkeit, das englische Arbeitslosenproblem aus der Welt zu schaffen vermögen. Auch bisher hat die englische Regierung schon beträchtliche Opfer gebracht, um die Not der Arbeitslosen zu mildern. Wie vor einigen Monaten berechnet wurde, hat der englische Staat, der in den letzten Jahren zwei Millionen Arbeitslosen unterhalten hat, seit Abschluß des Waffenstillstandes an Arbeitslosenunterstützung mehr verausgabt, als Deutschland an Reparationen bezahlt hat. Trotzdem ist das Arbeitslosenproblem in England nicht gelöst und die Lage der Arbeitslosen nicht gebessert worden. Eine wesentliche Besserung kann nur eintreten, wenn das Zentralproblem der europäischen Politik und Wirtschaft, das Reparationsproblem in einer Weise gelöst wird, die den Interessen der Arbeiterklasse aller Länder entspricht.

Die englischen Schulden in Amerika. Schatzkanzler Baldwin hat im Unterhaus den Betrag der englischen Schulden an die Vereinigten Staaten mitgeteilt, der 4 135 818 358 Dollar beträgt. Die noch nicht bezahlten Zinsen dieser Schulden betragen 611 018 655 Dollar.

Türkischer Aufstand in Thrakien. Die Meldungen über einen türkischen Aufstand in Westthrazien beschäftigen sich. In mehreren Orten haben Gesechte zwischen Türken und Griechen stattgefunden. Der Orientexpress ist wegen der Unruhen an der Weiterfahrt gehindert worden.

„Der streitende Mime.“ Einen Fußtritt verabfolgt der „Tag“ dem deutschen Schauspielerverbande. Unter dem Titel „Der streitende Mime“ veröffentlicht das großindustrielle Blatt Ausführungen eines sicheren Dr. Schulz-Pfäzler, der auf dem theoretischen Grundsatze „Das Publikum kann ohne Schaden für sein Dasein eine Zeitung auf den Genuß der Kulturmittel verzichten“ — die Forderung aufbaut: „Deshalb muß sich der geistige Arbeiter in einer Zeit, wo der Ertrag unserer Gesamtwirtschaft kaum zum Einkauf des Brotes genügt, in seinen materiellen Ansprüchen auf das äußerste beschränken.“ Gerade der Schauspieler darf sich durch die reichlich auf ihn niederströmenden Ehren schon für gewisse materielle Entbehrungen entschädigt fühlen.“ Da die Schauspieler dieses aber nicht einsehen wollten, so habe die öffentliche Meinung wenig Ursache finden können, mit ihnen zu sympathisieren, und der streitende Mime sei eine „höchst unerfreuliche Erscheinung“.

Es ist kein häufiger Fall, daß die Welt- und Lebensauffassung der Scholastiker so unerbittlich zutage tritt. Um so eindringlicher mögen die deutschen Schauspieler sich diese Rundgebung zu Gemüte führen. Gibt es doch unter ihnen immer noch eine Anzahl, die mit den „Vertretern von Bildung und Besitz“ und der von diesen produzierten „öffentlichen Meinung“ sympathisiert.

Der Verein „Deutsche Bühne“ leitete gestern im Theater in der Bülowstraße, wie er den mit künstlerischen Geschmack ausgebauten Schwächen nennt, seine Spielzeit mit Goethes „Stella“. In einer Ansprache verließ der Vereinsvorsitzende den Mitgliedern nicht schale Begrüßung, sondern freiliche Ergrüßung. Ergebnis, kurz wahre, und zwar deutsche Kunst. Als Eröffnungsvorstellung hatte man gerade Goethes Schauspiel für Liebende ausgewählt, das in so wunderlichem Gegensatz zum „Werther“ steht. Es war ein Wagnis, das nur einer feinsinnigen Regie gelungen wäre. Der Spielleiter Otto Kirchner lud aber mit ganz rohen Mitteln seiner Aufgabe gerecht zu werden. Das Juwel an Sentimentalität unterstrich er noch, steigerte das Spiel zur Ekstase und nahm ihm damit Lebensnähe und Wahrscheinlichkeit. Es war, wie wenn eine Sonate auf einem Klavier ertönte, dessen Mechanismus entzweit gegangen ist und das nur pianissimo oder fortissimo spielen kann. Man hört wohl Akkorde, aber sie einen sich nicht zur großen Harmonie, die die Herzen öffnet. Was da an uns vorübertriefte und -winkelte, war nicht das versprochene Erlebnis, sondern leerer Schall, der uns kalt ließ. Statt der Menschen standen nur deklamierende Schauspieler auf der Bühne, die einen geizert, die anderen edig, alle unnatürlich. Mit zwei Ausnahmen: Wolf Trug als Bewalter war Oase in der Wüste und Walter Stein ein origineller Karl. Dieser Karl hat allerdings eine stumme Rolle. Wir verlassen das Theater ohne innere Anteilnahme und fragen uns, ob es nötig war, einen neuen Theaterverein zu gründen. Wozu die Verzettlung der Kräfte? Es gibt doch eine freie Volkstheater.

Ballert in der Staatsoper. Heinrich Krölller läßt das „Sylvia“-Ballett von Leo Delibes entzündend und mit fröhlicher Einbildung wieder tanzen. Nur so, nur mit den Bühnen-

bildern Emil Pirchans erträgt man diese süß-verlogene Menschenschöpfung, diese angenehme Klingende, nie in der bezopften Heiterkeit versinkende Cavotemuffel. Der gute Einfall überwiegt. Die Geschichte vom Schöfer, der seine angebetete Schöferin trotz der Begehrlichkeit im Reiche höherer Liebesmächte heimführt, wird zum allseitigen Mythos. Die Gnommen des Urmenich Gottes, die ihren Reiz und Herrn mit heraufstehendem Trunt anfüllen, kühnen an den Menschenaffen studiert. Sie geben mit wacklig-wahrscheinlichen Urwaldbewegungen, sie laufen aus Troglodytengehäusen den Wein, der sie schließlich zu Boden wirft. Der Liebeshoffstod der gepuderten oder mit roten Perlen geschmückten Liebeschöferin wird hinter Malereien erschlossen, die altpreussischen Schilderhäusern ähneln. Die Parodie ist kostbar, sie ist mit verschwenderischen Mitteln geschaffen. R. S.

Das größte Fernrohr der Welt. Kanada wird demnächst das größte Fernrohr der Welt besitzen, das eine Linse mit einem Durchmesser von 120 Zoll erhalten wird. Das Instrument, an dessen Herstellung eifrig gearbeitet wird, übertrifft also noch das bisherige größte Fernrohr des Mount-Wilson-Observatoriums in Kalifornien, das eine Linse mit einem 100-Zoll-Durchmesser aufweist. Das neue Fernrohr wird für ein Observatorium an der Küste des Stillen Ozeans in British-Columbia geschaffen. Man hofft, daß mit diesem neuen Instrument wenigstens 400 Millionen Sterne sichtbar sein werden, eine Million mehr, als mit dem größten bisherigen Fernrohr festzustellen sind.

Ueberschwemmung in der Wüste. Daß die Wüste Sahara, deren Trockenheit sprichwörtlich ist, von einer Ueberschwemmung heimgesucht wird, ist gewiß ein nicht alltäglicher Fall. Wie ein Bericht aus Konstantine in Algerie meldet, ist er aber jetzt tatsächlich eingetreten. Die Grenzgebiete der Sahara sind von so schweren Regnen betroffen worden, daß die Eisenbahnlinie von Bifora nach Tuggurt an fünf Stellen durchbrochen wurde. Ein Zug, der auf dieser Linie fuhr, befand sich plötzlich in der Mitte eines großen Sees, und das Wasser stand an vielen Stellen einen Fuß hoch über den Schienen. Die Bahnstation von Tuggurt mußte wegen der Ueberschwemmung von den Bewohnern verlassen werden. Diese gewaltigen Niederschläge stehen in der Geschichte der Sahara ganz einzig da. An zwei Orten, wo seit dem Jahre 1917 überhaupt kein Regen gefallen war, wurden viele Wohnungen fortgeschwemmt, und die Beduinen sind über diese ihnen ganz unbekanntes Naturerscheinung ebenso erstaunt wie entsetzt.

In der Großen Volksober. Die täglich mit Erlaubnis der Streifleitung spielt, tritt Sonntag in der „Volksober“-Kammerbühnen Otto Wolf vom Königl. Nationaltheater als Siegmund auf. Die Bräutlinde singt Melanie Kutt.

Neu Werken Frühjahrorden. Vorträge aus Dichtungen von Hebel, Kleist, Schiller, Goethe u. a. Vieder von Mozart, Schubert, Schumann. Wolf veranstaltet Ostkar Berner am 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Lustgartenmuseum, Turmstr. 87, zum Besten der Kunst.

Eine neue Schulkunstausstellung findet im Dezember im Bezirksamtgebäude, Markt-Str. 11, statt. Sie wird am Sonntag, den 3. November, 11 Uhr, im dortigen Bezirksverammlungssaal eröffnet und dauert bis 21.

Aus Versehen.

Die Straßenbahn kostet heute 50 M. Aus Versehen. Die Deutschnationalen haben „aus Versehen“ dafür gestimmt. Sie haben zum erstenmal, wie gestern unter stürmischer Heiterkeit festgestellt wurde, „positive Arbeit“ geleistet. Aber die war auch danach. Und auch die noch aus Versehen. Aber die Direktion der Straßenbahn hat offenbar mit diesem Versehen gerechnet. Sonst wäre es ja unverantwortlich gewesen, ihren Erhöhungsvorschlag so kurzfristig einzubringen, daß er nur durch ein Versehen angenommen werden konnte. Die Sozialdemokratie hat gegen die Ueberrumpelungstaktik protestiert und Vertagung gefordert. Als man die ablehnte, mußte sie die Verantwortung den anderen überlassen. Von Rechts wegen, nicht aus Versehen.

Ein Versehen ist es offenbar auch, daß ausgerechnet jetzt wieder die Walze von der Unterführung der städtischen Straßenbahn in ein privatkapitalistisches Unternehmen erlängt. Ein großes Versehen — oder sagen wir lieber eindeutiger: eine bewußte demagogische Unwahrheit — ist es aber, wenn dabei so ganz hinterher und so ganz verkommen gemunkelt wird, daß nunmehr auch die Sozialdemokratie . . . daß man einzusehen beginne . . . daß nach zuverlässigen Gerüchten einführerische Teile . . . usw. usw. Die Sozialdemokratie wird die Straßenbahn nicht aus der städtischen Hand geben. Auch nicht „aus Versehen“. Ist es Zufall, daß gleichzeitig wieder der Kleinbürger mit der Straßenbahn zunimmt? Sind wir nur nervöser geworden, oder stimmt es, daß alle die Redelüste, die nicht zu sein brauchen und die sich so prächtig agitatorisch ausnützen lassen, wieder hoheldicht fallen: das zu lange Warten, die Unregelmäßigkeit im Betriebe, die verstopften Weichen, die Rangierereien vor Straßenbahnhöfen, die herauspringenden Kontaktstangen, die Ueberfüllungen einzelner Wagen usw. Ist das alles aus Versehen so dicht gehäuft — gerade jetzt? Und wissen unsere Straßenbahner, wissen vor allem die Schaffner, wessen Geschäfte sie betreiben, wenn sie jetzt wieder an allen Ecken und Enden — aus einer erklärlichen, aber trotzdem unverantwortlichen Verärgerung heraus — in dieses Feuer blasen? Nicht alle, gewiß. Aber einige, immer wieder dieselben. Manche aus böser Absicht, manche aus Versehen. Manche geben bei Betriebsstörungen, bei Ueberfüllungen usw. sogar den Ton an für das Plattformkonzert, das dann unweigerlich mit dem Schlußakkord vom Privatbetrieb endet. Wie können das Demagogenrezept, wie können die Drahtzieher und die Kupfischer.

Und eben darum sollten die Straßenbahner selbst dafür sorgen, daß sich keiner, kein einziger aus ihren Reihen zum Vorpfeil mißbrauchen läßt, daß keiner die Agitationskniife direkt oder indirekt unterstützt. Auch nicht aus Versehen.

Steuerscheu, die erste Bürgerpflicht.

Nach langem Hängen und Würgen, nach monatelangen Verhandlungen, Ausschüßberatungen, Sonderungen, Besprechungen der Fraktionsführer, väterlichen Ermahnungen des Oberbürgermeisters und des Kammerers haben die Stadtväter gestern endlich die Gewerbesteuererhöhung bewilligt. Wie schwer dieses Opfer den braven Bürgermännern im roten Hause wurde, das sah man an der Massenflucht, die auf der rechten Seite gestern abend einsetzte. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt heute, wohl um seine Freunde zu beschönigen, die für die Stadt so notwendige Steuer sei gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen. Das „Tageblatt“ hat ein kurzes Gedächtnis. Es versteht, daß sein großer „kommunalspolitischer Sachmann“, Herr Dr. Michaelis, noch vor kurzem auf seinen Seiten wertvollen Druckpapiers allen Ernstes im Hauptteil des „Tageblattes“ eine Abwanderung der Gewerbetreibenden aus Berlin angekündigt hat. Es versteht auch, daß die Demokraten gestern wiederum gegen die Gewerbesteuer gestimmt haben. Gerade diese Herren haben sich früher immer besonders über die mangelnde städtische Finanzwirtschaft aufgeregt. Sie haben kräftig mitgeholfen, jede notwendige Erhöhung hinauszuschieben, bis auch Tarifierhebungen bewilligt waren. Gestern kamen sie in allerletzter Stunde noch mit einem Antrag, der für ihre Weisheitsverfassung besonders bezeichnend ist. Sie verlangten Sondervergünstigung für die sogenannten Schachtelgesellschaften. Also ausgerechnet für die Wirtschaftsorganisationen des Großkapitals, für die Gewerbetriebe, deren Organisation ausdrücklich und absichtlich mit allen Mitteln auf Steuervermeidung eingeleitet ist, für diese Gewerbetriebe wünschen die Demokraten besondere Privilegien. Warum nennen sich eigentlich die Demokraten dann noch mit besonderer Vorliebe eine Partei des Ausgleichs. Sie sollten doch ruhig zugeben, daß sie diese Redensart nur gebrauchten, um ihrem extremprivatkapitalistischen Charakter besser verschleiern zu können.

Nationalistischer Tumult in Charlottenburg.

Im „Türkischen Zelt“ in Charlottenburg war gestern eine Versammlung des bereits seit Monaten durch Gesetzesverordnung aufgelösten Verbandes nationalgesinnter Soldaten eintreten worden, trotzdem sich die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums vorher gegen die Abhaltung der Versammlung gewandt hatte. Als die Versammlung nun doch stattfand, erschien kurz nach ihrer Eröffnung eine Patrouille der Schutzpolizei, löste die Versammlung auf und stellte die Namen der Versammlungsleiter fest. Darauf verließen die Versammler das Lokal und zogen unter lautem Geläch und Geschimpfe und Abingung nationalistischer Lieder in der Richtung zum Knie ab.

Selbstmord eines Liebespaars.

In einem Hotel in der Müdenstraße lebte vorgestern abend ein angelegliches Ehepaar aus Bielefeld ein und blieb auf seinem Zimmer. Als es gestern nichts von sich hören ließ, öffnete man und fand die Gäste in ihrem Bette liegen. Der Mann hatte seine Begleiterin durch einen Schuß in die Schläfe getötet und dann selbst eine Kugel ins Herz geschossen. Die Toten wurden festgesetzt als ein 21 Jahre alter Lehniger Gustav Donner aus der Lippestraße in Bielefeld und eine 26 Jahre alte Esfriede Farimann, die bei ihren Eltern in der Ravensberger Straße zu Bielefeld wohnte. Nach hinterlassenen Abschiedsbriefen hat Liebeskummer das Paar in den Tod getrieben. Er hatte vor einigen Tagen Bielefeld verlassen und die Eltern des Mädchens alsdann von seiner Absicht benachrichtigt. Diese trafen bereits gestern in Berlin ein, um ihre Tochter und den jungen Mann zu suchen, konnten aber das Unheil nicht mehr verhüten. Beamte des 9. Reviers machten an Ort und Stelle die erforderlichen Feststellungen, Leichnagnahten die Leichen und liehen sie nach dem Schauhaufe bringen.

Zum Fall Peukert in Lichterfelde.

Bekanntlich war Genosse Wenzel in Lichterfelde seinerzeit vom dortigen Schöffengericht unter einer klaffenden Begründung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er in seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand in einer kleinen Anfrage an den Gemeindevorstand den Brandinspektor Peukert beleidigt haben sollte. Grund zur Anfrage gaben eine Anzahl schriftlicher Zeugenaussagen, in denen Peukert erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgeworfen wurden. In der Berufungsinanz beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten Wenzel mit den Worten: die Sachlage sei einfach und klar, er beantrage Freisprechung. Gegen diese freisprechende Urteil legte Peukert als Nebenkläger Revision ein, die nunmehr verworfen worden ist. Dem Deutschnationalen Richter Hofmann und seinen Hintermännern, die seinerzeit nach dem merkwürdigen Schöffengerichtsurteil einen förmlichen Freudentanz aufführten, sei der Rempal auf diesem Wege gegütend mitgeteilt.

Entkommunalisierung?

Zu dieser Frage wurde am Donnerstag abend in einer vom Zentralverband der Angestellten veranstalteten Versammlung der in den Betrieben angestellten Mitglieder in der „Neuen Philharmonie“ Stellung genommen. Referent war Alfred Krüger, der in seinen Ausführungen auf die immer deutlicher hervortretenden Bestrebungen des Großkapitals hinwies, den Angestellten und der ganzen Arbeiterschaft die letzten Errungenschaften der Revolution zu nehmen. Immer deutlicher strecke das Kapital seine Hand auch nach den städtischen Betrieben aus, namentlich seitdem die Stadtverordnetenversammlung eine bürgerliche Mehrheit habe. Die bürgerliche Presse schreibe von Miswirtschaft und Unrentabilität und verschweige, daß die städtischen Werke sehr schwer unter den Nachwirkungen der Kriegswirtschaft zu leiden hätten und daß trotz alledem die meisten Werke seit langem wieder einen ganz erheblichen Ueberschuß abwerfen. Die Rentabilität wird zurzeit auch durch die ungeheuerlichen Preise der Materialien in Frage gestellt, hinter denen die Tarife wesentlich zurückbleiben. Es frage sich, ob der Strom und das Gas für die Großbetriebe nicht teurer zu berechnen sei und ob nicht bei der Straßenbahn die Einführung von Teilstrecken in Frage kommt. Der Redner wies auf eine Konferenz zwischen Vertretern der städtischen Straßenbahn und den Vertretern der Berliner Metallindustriellen hin, die vor einiger Zeit stattgefunden habe, um die Industriellen für eine Unterstützung der notleidenden Straßenbahnen zu gewinnen. Die Verhandlungen sind ohne Erfolg geblieben, weil die Industriellen die Abschaffung des Achtstundentages verlangten. Für die städtischen Häfen liegt ein Entwurf vor, sie auf 50 Jahre an eine Aktiengesellschaft zu verpachten, an der die Stadt mit einem Fünftel beteiligt werden soll. Der Redner betonte, daß die Gefahren für die städtischen Betriebe sehr groß seien und daß Arbeiter und Angestellte diese Gefahren unter allen Umständen abwenden müssen. In der Diskussion wies auch Fritz Schmidt darauf hin, daß die Kollegen unbedingt alle Versuche auf Entkommunalisierung ablehnen müssen.

An unsere Postbezieher!

Der heute beiliegende Nr. 49 unserer illustrierten Beilage „Volk und Welt“ haben wir wieder eine Zahlkarte beigefügt zwecks Einfindung der Nachzahlung der Differenz zwischen Postbezugspreis und den für die Monate November und Dezember erhöhten Bezugspreisen. Die Presse — besonders die Arbeiterpresse — befindet sich in schwerster Bedrängnis, deshalb bitten wir um schnellste Einfindung des Differenzbeitrages von jedem einzelnen Abonnenten. Besonders appellieren wir an unsere Freunde in den valutastarken Ländern, für welche die Markbeiträge eine Ausgabe von wenigen Centimes, Cents oder Oere bedeuten. **VORWAERTS-VERLAG.**

Zu diesem Bericht wird uns aus Kreisen der Stadt verordnetenfraktion mitgeteilt, daß kein Versuch auf Entkommunalisierung der städtischen Werke und der Straßenbahn Aussicht auf irgendwelchen Erfolg hat. Sowohl der Magistrat wie die sozialdemokratische Fraktion werden allen solchen Versuchen mit aller Energie entgegenzutreten. Bei den städtischen Häfen handelt es sich um ein ganz anderes Problem, das grundsätzlich von der Frage der Werke und der Straßenbahn verschieden ist. Am übrigen sind die Gewerkschaften über die Stellung der Fraktion genau unterrichtet und wissen, daß von einer Entkommunalisierung in Berlin nicht die Rede sein kann. Die Fraktion selbst wird sich in ihrer nächsten Sitzung mit diesen, die Öffentlichkeit ganz unzulässig beunruhigenden Gerüchten beschäftigen.

Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung findet am nächsten Dienstag, den 5. Dezember d. J., abends 8 Uhr, statt.

Proletarische Feiertunden. Die nächste Veranstaltung findet am Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus statt. Unter Mitwirkung von Alfred Hüttenberg — Solina, Walter Drömmel — Orgel, Berliner Schubert-Chor, Lothar Kühnel, Heinrich Witte, Hermann Berner, Elna Wagner vom Staatstheater und Leon Lehmann vom Sprechchor. Der Sprechchor spricht „Großstadt“, eine Dichtung von Bruno Schönlank. Eintrittskarten à 50 M. im Bureau der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3 (Bildungsanstalt). Dienstag und Donnerstag, abends von 6—8 Uhr, auch in der Bibliothek; Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2; Buchhandlung Freiheit, Urbanstr. 7; Norden: Wählerstr. 7, Restaurant Freize; Burgdorf-Edel Widenomstraße, Restaurant Carlsen; Ullricher Str. 21, Restaurant Kroth; Bornholmer Str. 4, bei Kolberg, Laden; Pöschner Str. 8, Restaurant Hoffmann; Nordost: Weinselner Str. 7, bei Gule, im Laden; Osten: Beckersburger Str. 5, Restaurant Witzsch; Rominer Str. 46, Restaurant Dietrich; Nordwest: Straße 26, bei Weipe; SO, Baumstr. 9, Restaurant Alex; S, Schöneleirstraße 21, Ude Urbanstraße, Altkonzeptschäft Kühring; Neutölln, Redarstraße 2, Bernwardtzeppelin; NW, Geydowstr. 34, Restaurant Kaiser; SW, Steinmühlstr. 23, partiere, bei Dörings.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas milder, aber lebendiger trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen bis nördlichen Winden. Nachher zeitweise aufklarend und etwas kühler.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

5. Bezirk, Friedrichshagen. Heute abend, 7 1/2 Uhr, in der Schule Linde Straße Versammlung der Parteireformer. Referent: Genosse Jonas über „Gewerkschaften, Genossenschaften und Bodenreform.“

Devisenkurse.

	1. Dezember		30. November	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer Kurs	Verkäufer Kurs
1 holländischer Gulden	2027.06	2042.34	2007.30	2022.70
1 argentinischer Papier-Peso	2728.16	2741.84	2857.83	2872.17
1 belgischer Frank	—	—	498.75	501.25
1 norwegische Krone	1331.60	1338.84	1471.30	1478.70
1 dänische Krone	1511.20	1518.80	1576.06	1578.94
1 schwedische Krone	2014.95	2025.05	2079.78	2090.22
1 finnische Mark	—	—	193.51	194.49
1 japanischer Yen	—	—	3690.75	3709.25
1 italienische Lire	366.58	368.42	371.56	373.44
1 Pfund Sterling	83416.26	83568.75	84718. —	84887. —
1 Dollar	—	—	7630.87	7699.13
1 französischer Franc	526.18	528.62	543.63	546.37
1 brasilianischer Milreis	—	—	957.60	962.40
1 Schweizer Franc	—	—	1445.77	1453.63
1 spanischer Pesta	—	—	192.01	197.99
100 Herr. Kronen (abgest.)	—	—	11.02	11.08
1 tschechische Krone	—	—	244.38	245.62
1 ungarische Krone	—	—	3.24	3.36
1 bulgarischer Leva	—	—	57.10	57.40
1 jugoslawischer Dinar	—	—	102.74	103.26

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf um den Achtstundentag.

Die Verhandlungen der 4. Internationalen Arbeitskonferenz über die Ratifikation oder besser gesagt Nichtratifikation des internationalen Uebereinkommens über den Achtstundentag haben die internationale Bedeutung des Problems von neuem aufgerollt. Auf der 1. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington wurde ein Uebereinkommensentwurf geschaffen, der von der Mehrzahl der damals etwa 50 betragenden Mitgliedsstaaten gutgeheißen wurde. Das Uebereinkommen legte den Achtstundentag als Arbeitsnorm grundsätzlich fest, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die im Interesse einiger besonderer Volkswirtschaften zu liegen schienen, und abgesehen von der Befreiung einzelner Länder wie China, auf die das Uebereinkommen nicht anzuwenden war.

In wirtschaftlicher Beziehung stand die Welt damals im Zeichen einer starken Unterproduktion und einer ungeheuren Nachfrage nach Bedarfsartikeln aller Art. Der Zeitpunkt für die internationale Durchführung des Achtstundentages erschien ungünstig und man begründete damals die Verzögerung der Ratifikation des Uebereinkommens mit diesen Gründen, die im Interesse der Menschheit vorläufig noch eine höhere Produktion erforderten. Inzwischen sind 3 Jahre vergangen, in den valutastarken Ländern hat eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Krise Platz gegriffen, und auch in den valutastarken Ländern ist die Blüte der Volkswirtschaft nur ein uherer Schein, während sich im Innern der Verfall vollzieht. Unter diesen Umständen sollte man glauben, daß es nunmehr den Regierungen und Arbeitgebern nicht schwer fallen dürfte, ihr in Washington gegebenes Wort einzulösen und zur Ratifikation des Uebereinkommens zu schreiten.

Statt dessen sehen wir aber einen allgemeinen internationalen organisierten Angriff auf den Achtstundentag. Die Arbeitnehmer aller Länder führten auf der 4. Internationalen Arbeitskonferenz bittere Klage über die Mißachtung des Achtstundentages, und selbst da, wo der Achtstundentag scheinbar besteht, bleibt er in vielen Ländern toter Buchstabe. Die Schweizer Regierung hat unter dem Druck der Unternehmer dem Parlament sogar empfohlen, das Achtstundentags-Uebereinkommen nicht zu ratifizieren.

Auf alle die mohlgegründeten Angriffe und konkreten Fragen der Arbeitnehmervertreter und einzelner Regierungen hatten die Arbeitgeber nur eine allgemein gehaltene Erklärung abgegeben, des Inhalts, daß die Unternehmer unter den gegenwärtigen Umständen große Opfer bringen, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, daß die Verminderung der Arbeitsleistung infolge des Achtstundentages weder durch technische Neuerungen noch durch moderne Betriebsorganisation ausgeglichen werden konnte und daß infolgedessen die Arbeitgeber von den Arbeitnehmern unter den heutigen Umständen auch Opfer fordern dürfen. Diese ebenso nichtsagende als unfaßliche Erklärung wurde abgegeben in einer Zeit, wo ein großer Teil der arbeitenden Kräfte der Welt zu feiern gezwungen ist. Die Arbeiter haben übrigens nie behauptet, daß sie unter allen Umständen in acht Stunden mehr oder ebensoviele leisten als in zehn Stunden, aber mit Recht weigern sie sich, mit ihrer Lebenskraft und mit ihrem Schweiße die Lücken zu decken, die der Menschheit durch die Planlosigkeit der Weltwirtschaft nur aus Gründen des privaten Profites gerissen werden. **Otto Brand.**

Wünsche der Polizeibeamten.

Dienstzeitregelung und Befoldung beschäftigten eine stark besuchte Versammlung der vereinigten preussischen Polizeibeamten (Bezirksgruppe Groß-Berlin), die am am Dienstag abend in der Brauerei Bölow unter der Leitung des Polizeihauptmanns Krawunde stattfand.

Der Referent, Polizeikommissar Benzin, trat in seinen Ausführungen entschieden für Befestigung der heutigen 24stündigen Dienstzeit ein. Während dieser Zeit müsse der Schutzpolizist 13 Stunden Straßendienst leisten und 11 Stunden auf der Wache bleiben. Wenn irgend etwas passiere, verbleibe der Beamte aber nicht 11 Stunden auf der Wache, sondern müsse weiter auf der Straße Sicherheitsdienste leisten, sobald dies erforderlich sei. Die Ernährung sei für den schweren Nachdienst, besonders infolge dieser Verhältnisse, völlig unzureichend.

Eine in der vorigen Versammlung gewählte Kommission sei bereits beim Polizeipräsidenten vorstellig geworden, um die Aufhebung des 24-Stunden-Dienstes und die Einführung der Dienstzeitregelung zu fordern. Die Frage werde jetzt im Ministerium erwogen, ob nicht für ganz Deutschland eine einheitliche Regelung des Dienstes zu erfolgen habe. Wir hoffen, so schloß der Redner, daß die Frage zu einem günstigen Abschluß gebracht und daß auch der Polizeipräsident zu einer Entscheidung in unserem Sinne kommen wird.

Bei der erfolgten Neuregelung der Befoldung ist die Waffe der unteren Polizeibeamten in ihren wirtschaftlichen Interessen durch die prozentuale Staffelung der Teuerungszulagen und besonders der 10prozentigen Ortszulage, unter Wegfall der früheren gleichmäßigen Wirtschaftsbefehle, erheblich benachteiligt worden. Die Regierung möge durch bessere Befoldung und bessere Dienstverhältnisse die Polizeibeamten zur Dienstfruchtbarkeit erziehen, um Elend und Korruption in der Beamtenschaft zu verhüten. (Beifolger Beifall.)

Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, die erklärt, daß die Berliner Polizeibeamten aus wirtschaftlichen, aber auch aus dienstlichen Gründen an der Befestigung des 24stündigen Dienstes und Einführung der Dienstzeitregelung unbedingt festhalten müssen, jedoch bereit sind, darüber hinaus weitere vier Stunden Dienst wöchentlich für Polizeiuunterricht, Leibesübung und Waffenausbildung sowie den Theaterdienst von der dienstfreien Mannschaft zu leisten. Ferner wird eine solche Regelung der Befoldung gefordert, die der Verantwortlichkeit auch des mindestbefohlenen Polizeibeamten Rechnung trägt.

Damentasche, Schürzen- und Weißwaren-Industrie.

Es gibt wohl nur wenige Arbeitgebergruppen, die ihren Arbeitnehmern so wenig soziales Entgegenkommen zeigen wie die der oben angeführten Industrie. Nur zweimal im letzten Jahre ist durch direkte Verhandlung der Parteien eine Einigung erzielt. Wie üblich mußte der Schlichtungsausschuß eingreifen und einmal sogar durch Kampf dem Schiedsspruch Wirkung verleihen werden.

In den letzten beiden Monaten scheinen die Arbeitgeber die Zeit für gekommen zu halten, um selbst die niedrig bemessenen Schiedssprüche, welche noch nicht einmal der Höhe der Indexzahlen entsprechen, abzulehnen zu können. Der Demobilisierungskommissar, welcher als Vermittler angerufen wurde, hat den Parteien einen neuen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, der von den Arbeitnehmern in einer außerordentlich gut besuchten Funktionärerversammlung, trotzdem er nicht befriedigend, die Zustimmung erhielt. Sollten jedoch die Arbeitgeber auch diesen Vorschlag ablehnen, so werden sich die Arbeitnehmer in einer Versammlung am Montag mit der Angelegenheit in energischer Weise beschäftigen haben.

Kampfstimmung der Unternehmer. Wegen Lösens eines Erzbergwerkes im Stettiner Hafen ist es zu Differenzen zwischen Hafenarbeitern und einer Reederei gekommen. Die Mannschaft, die die Arbeit des Lösens übernehmen sollte, forderte einen tariflich nicht begründeten Zuschlag von 125 Proz. zu den Löhnen. Die Reederei wollte nur 25 Proz. gewähren. Daraufhin haben die Arbeiter die Arbeit verweigert, und der Schlichterband der Reedereien stellte nur das Ultimatum, die Arbeit die Donnerstag nachmittags 2 Uhr aufzunehmen. Diesem Verlangen ist man nicht nachgekommen. Infolgedessen ist der weitere Beschluß der Reederei in Kraft getreten, die gesamte Hafnarbeiterschaft von Freitag 8 Uhr ab auszusperrten.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin, Verlag Germania-Berlin G. m. b. H. Berlin, Druck: Germania-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2

Zahngelbisse

auch einzelne Zähne kaut zum höchsten Tageskurs sowie

Gold-, Silber-, Platin- auch sämtliche Schmuckgegenstände

zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barheine Edelmetallverwertung

2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse

9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönehauser Allee.

Willst du **Winterjoppen** kaufen, musst zu **Hosen-Anders** laufen.

A. Anders, Beusselstr. 25

Gold-, Silber-, Platin-Bruch zahlt unüberbietbare Preise da nur Schmelzverluste drängen bestmög.

Trauringfabrik R. Felske,
Grosse Frankfurter Strasse 67.

Möbel kaufen Sie sehr vorteilhaft bei **G. Camnitzer,** Schönh. Allee 82, Ecke Wicherstr. Hochb. Nordr.

!!! In allen Gegenden ist mein grosser Erfolg bekannt !!!

Brillanten

Für größere Steine 1800 000 Mark und darüber.

Gold-, Silber-, Platin-, Double-Bruch zum höchsten Tageskurs.

Zahngelbisse 260 000 M. und darüber; auch einzelne Zähne. Uhren 1 000 000 M. und darüber.

Münzen-Sammlungen zu enormen Ankaufspreisen.

Mein seit vielen Jahren bestmög. organisiertes offenes Ein- und Verkaufsgeschäft gibt Ihnen die volle Garantie, streng reell u. fachmännisch bedient zu werden, daher verkaufen Sie Ihre Werte

Juwelen-Geschäft Gartenstr. 105-106 zwisch. Invaliden- u. Elisabether Str. 3 Minuten vom Berliner Bahnhof. Telefon Nord 487.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten kauft reell zu höchsten Tageskursen **C. Käferle** Uhrmacher - Juwelier Frankfurter Allee 278

Juwelen, Gold- und Silber-Bruch kauft zum höchsten Tagespreis **Leikhaus Zehden,** Karlstr. 24.

Perser-Teppiche, Klaviere, Flügel höchst reell, sehr billig, sehr. Pallstr. 8, Fern. 1114

Ankauf-Zentrale Gesundbrunnen Schwedenstraße 19

Gold-, Silber-Bruch, Platin sowie sämtliche Metalle kauft zu höchsten Tagespreisen.

Boecksch Juweller Kleine Frankfurter Str. 1 3 Min. vom Alexanderplatz.

Zahngelbisse (auch zerbrochene) **Gold-, Silber-, Platin-Münzensamm.** **Boecksch** Juweller Kleine Frankfurter Str. 1 3 Min. vom Alexanderplatz.

Reelle höchste Bezahlung für

Vergleichen Sie unsere Preise!

Wir verkaufen soweit Vorrat:

- R.-Box-Damenstiefel eleganter Straßenschuh, mod., breite Form, amerik. Absatz, weiß gedopp. **4800.-**
- R.-Chevreau-Damenschneiderschuhe hübsche Form .. **4000.-**
- Rindbox-Herrenstiefel Form „Derby“ .. **6800.-**
- Echte Chevr.-Herrenstiefel mit Lackkappe, Orig.-Goody.-Welt, allerfeinste Ausführung **9500.-**



Vorzügliche, echte Kamelhaar-Schuhe!

Ausserdem bringen wir noch eine reichhaltige Auswahl preiswürdiger eleg. Tanz- und Abendschuhe in Lack, Wildleder, mit und ohne Pompadour-Absatz. Grosses Lager unterhalten wir in kräftigen Herrenstiefeln mit Doppelsohlen und Tourenstiefeln, ebenso Lack-Gesellschaftstiefel, weit unter dem Wiederbeschaffungspreis.

Ihr Vorteil: Sie können sich bei Anzahlung Waren für spätere Abholung sichern.

Volks-Schuhhaus Jsma

Köpenicker Straße 68 (im Hause des Neuen Volkstheaters).

Jeder Käufer erhält beim Einkauf als Weihnachtsgeschenk einen prachtvollen Abreiß-Kalender für 1923.

Verkaufsmotto: „Die billigen Preise dem Volke“.

Weihnachtsüberraschung

Wenn Sie praktisch und billig leben, wenn Sie Ihren Bedarf an **Bettwäsche**

Safen, Handtücher, Bezüge, Kissen usw. in jed. Ausführung kaufen, mit der **Kühl & Kupferberg**

Bettwäschefabrik Invalidenstr. 6, Ecke Bergstrasse Nähe Berliner Bahnhof

Strickjacken

aller Art, Jumper, Kimonos, Hausjacken Sportgarnituren, Schals und Mützen etc. kaufen Sie stets sehr preiswert und in bester Qualitätsware bei

Bruno Richter Fabrik-Niederlage Türling, Wollwaren

Nächste Verkaufsstellen: Kopenhagener Str. 67 L. Fern: Borsdorf 1016 (findet zu der Bahnhofs Nordring a. Schönehauser Allee) Bin.-Pankow, Fern: 351. Fern: Pankow 3723. Nur Einzelverkauf.

Stoffe

höchste bewährte tragfähige **Friedensqualitäten** (für Mahanfertigung) in anerkannter Preiswürdigkeit officiert

Tuchlager Preuss, Gr. Frankfurter Str. 75 nahe Kieganerplatz.

Lieferant der Beamtenverbände.

Zahngelbisse (Platin)

auch zerbrochene, sowie einzelne Zähne

kaufe pro Zahn 500.-, 700.-, 900.- bis 30 000 Mk. **Gold, Silber, Gegenstände, Ketten, Ringe.**

Zahn-Atelier Moabit, Stephanstr. 17, I. Ecke Rathenower Str. Fahrgeleitvergütung.

Achtung! Achtung! Hosen

in allen Größen und Qualitäten äußerst preiswert

Müsch-Gladbacher Hosen-Zentrale Berlin, Kieganer Str. 25 (blauer Lad.), nahe Bf. Gesundbr. Fahrgeleit: 3, 4, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 38, 39, 23, 140 Fahrgeleitvergütung!

Platin-, Gold- und Silberbruch

Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen

M. ZEISKE Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden)

1 Minute vom Bf. Frank. Allee Fahrgeleitvergütung Größtes Absatzgebiet für Händler

Hosen! Hosen!

Arbeitshosen, feldgraue Hosen, Broches, schwarze u. gestreifte Hosen, Turner- und Fußballhosen kauft man gut u. vorteilhaft in großer Auswahl in der

München-Gladbacher Hosen-Zentrale NW. 57, Beusselstr. 39 **Bauer Laden.**

Bauchhosen für beliebige Herren. Fahrgeleitvergütung! Spez. Behd. nur für **Ischias** in Hoff., Gesäß u. Bein in 15 Min. besetzt. Invalidenstr. 106, v. 9-11, 4 & Jacoby.

Lindemann & Co

AKTIENGESELLSCHAFT

Kaufen Sie jetzt für Weihnachten!

Berlin - Schöneberg
Hauptstr. 149

Landsberger-Allee 29

Neu eröffnet!

- Oberhemden farbig mod. Strümpfen mit weichen Kragen .. 2975
- Sporkragen weiß u. dunkel, moderne Form 145
- Strick-Krawatten 98.50
- hübsche, mod. Muster 205
- Gezeilm. Kissen 350
- Gezeilm. Quadrate 29
- Nachtisch-Decken 110
- Gez. Ripsdecken 650
- Gez. Ripskissen 475
- Gezeilm. Decken 375
- Damen - Taschentücher
- Herrn - Taschentücher

- ### Damen-Konfektion
- Damen - Mäntel aus gemusterten Winterstoffen .. 6900
 - Elegante Mäntel aus unifarbenerm Flanell .. 12500
 - Reinwollene Cheviotkleider mit reichhaltiger Karbelscherei und Treppengarnitur .. 8750
 - Hemdblusen aus gestreiftem Sportflanell .. 1475
 - Jumper aus gutem Wolltüll mit reicher Karbelscherei .. 3950
 - Jumper reine Wolle, Maschine oder Hand gestrickt .. 4900
 - Heberziehfäckerchen Wolle mit Seide, in hübschen Farben 4950
 - Strickjacken reine Wolle, in lang und weit .. 5900
- Abgabe nur 1 Stück
- ### Damen - Kleider
- aus warmem Tricotstoff m. Lacedapparel, offen u. geschlossen zu tragen, modifarben und grün **5900**

- ### Kleiderstoffe
- Veloursbarchent in schönen Dessins .. 575
 - Sportflanell hell gestreift, für Pyjamas und Sportblusen Meter 575
 - Schotten für Kleider und Röcke, doppeltbreit .. 495
 - Mantelflausche in mehreren Farben, 150 cm breit .. 2950
 - Koppenstoffe für Schläpfer und Anzüge .. 4100
 - Velours de laine / Karthaus und Mäntel in mehreren Farben Mtr. 5600
 - Hemdentuch starkfädig, gute Qualität .. 495
 - Roh-Kessel .. 395
 - Damast - Tischtücher 1700
 - Barchent - Beiflächen weiss mit bunter Kar. .. 1475
- nur Landsberg. Allee, Spandau, Potsdam
- Herrn - Anzüge leichte Form .. 14500
 - Herrn - Schläpfer aus guten Stoffen .. 19000
 - Herrn - Paletots gute Verarbeitung, eleganter Sitz .. 16500

- ### Gardinen - Decken
- Gardinen Schallbreite Mtr. 305 295
 - Halbstores, Stamme mit gestrichtem Fries .. 1650
 - Künstlergarnituren, gewebt, 3teilig .. 2150
 - Bettdecken 2teilig, aus gewebtem Tüll .. 1675
 - Bettdecken 2teilig, aus gewebtem Tüll .. 4750
- ### Wäsche - Schürzen
- Damen-Hemden aus gutem Wollstoff, m. Stickerl u. Langgest. 1250
 - Damen-Beinkleide, Kniefurm, aus festem Stoff, mit Stickerl und Langgest. .. 975
 - Damen-Nachthemden Schläpfer, mit reicher Stickerl 1950
 - Prinzeß-Röcke mit Stickerl, sehr reiche Ausführung .. 1675
 - Damen-Schürzen Wiener Form .. 975
 - Weisse Eierschürzen mit Stickerl .. 675

- Nur Landsberger Allee, Spandau, Potsdam
- Herrnstiefel 7900
 - Damenstiefel 5800
 - Dam-Halbschuh 4250
 - Normalhemden für Herren, wollegerichtet, Quastl .. 2250
 - Normalhosen für Herren, gute Gewebl., 3teilig .. 1975
 - Wollschals rot, rot 695
 - Frauen - Strümpfe schwarz, starke Qual., Paar 95
 - Damen - Strümpfe verstärkte Fess und Spitze Paar .. 95
 - Herrn - Socken halbbare Qual., Paar 205, 215 125
 - Maschinengarn schwarz u. weiß, 200 Mtr. 85
 - Ersatznähschleife schwarz .. 490
 - Sternzwirn schwarz u. weiß, Stern .. 550
 - Halbschuhsenkel schwarz u. braun, Paar 25
 - Strickwolle schwarz, Laga 100 Gr. .. 395

IM WESTEN: Schöneberg ~ Hauptstr. 149

IM OSTEN: Landsberger-Allee 29, Ecke Wilhelm Stolzstr.

IN SPANDAU: Breite Strasse 26 bis 28

IN POTSDAM: Brandenburger Strasse 49 bis 52

Nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten